



*Demokratischer Neubeginn in Schleswig-Holstein:*

## Erster gewählter Landtag tritt in Kiel zusammen



Auf den Tag genau zwei Jahre nach Kriegsende, am 8. Mai 1947, hat sich in der Pädagogischen Akademie in Kiel-Hassee der erste gewählte Schleswig-Holsteinische Landtag zusammengefunden. Nachdem seit Februar 1946 bereits zwei ernannte Landtage von der Besatzungsmacht eingerichtet worden waren, konnten die Bürger bei der Wahl am 20. April erstmals selbst mitbestimmen. Der Urnengang hat der SPD einen deutlichen Sieg beschert. Nun steht die neue Regierung unter Ministerpräsident Hermann Lüdemann vor der großen Aufgabe, die Folgen des zurückliegenden Hungerwinters abzumildern sowie Wohnungsnot, wirtschaftliche Talfahrt und Flüchtlingsselend zu bekämpfen.

Regierungserklärung:

### Lüdemann an die Briten: „Gebt uns Freiräume“

In seiner ersten Regierungserklärung vor dem Landtag hat der neue Ministerpräsident Hermann Lüdemann (SPD) umfangreiche Bemühungen für den Wiederaufbau Schleswig-Holsteins und zur Neugestaltung der Verwaltung, der Wirtschaft und des Bildungswesens angekündigt. Er unterstrich dabei die sozialdemokratischen Forderungen nach einer Bodenreform und einer Verstaatlichung der Großindustrie. Die britische Besatzungsmacht rief Lüdemann auf, seinem Kabinett bei der Umsetzung dieser Ziele freie Hand zu lassen: „Geben Sie uns so viel Handlungsfreiheit, daß wir den Auftrag unserer Wähler erfüllen können!“

Hierzu gehört für den Regierungschef eine ausreichende finanzielle Ausstattung des Landes. Lüdemann sah die Militärregierung in der Pflicht, den Finanzausgleich innerhalb der britischen Zone zugunsten des

Nordens zu ändern. Angesichts der 1 ¼ Millionen Flüchtlinge, die das Land in den letzten Jahren aufzunehmen hatte, werde die jetzige Praxis „den besonderen Belastungen Schleswig-Holsteins in keiner Weise gerecht“.

Als einen zentralen Grundsatz seiner Regierungspolitik kündigte der Ministerpräsident „äußerste Sparsamkeit“ an. So gelte es, „den Personalstand vieler Behörden einschneidend zu vermindern“. Die Aufnahme von Schulden zur Bekämpfung der Finanzmisere lehnte er ab: „Eine Defizitwirtschaft wird die Landesregierung schon wegen der daraus entspringenden Inflationsgefahr vermeiden.“ Die „grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik“ sind für Lüdemann „eine ausreichende Belieferung mit Kohle und eine bessere Versorgung mit Rohstoffen“. Hierzu wiederum hält die Regierung „einen besseren

Anschluß Schleswig-Holsteins an das übrige Deutschland“ durch „weitere leistungsfähige Nord-Süd-Linien und eigene

*„Das Ziel unserer Arbeit ist ein wahrhaft demokratisches Deutschland, das bis zum letzten Bürger in seinem Denken und Handeln durch den Geist der Friedfertigkeit, der Toleranz und der freien Menschlichkeit sich leiten läßt.“*

Elbübergänge“ für nötig. Eine „unerläßliche Voraussetzung für die Gesundung der deutschen Wirtschaft“ und die „Steigerung des „Aufbauwillens der arbeitenden Bevölkerung“ sei außerdem „die Sozialisierung der Großindustrien“.

Zur Milderung des Hungerproblems gab Lüdemann das Ziel vor, innerhalb von drei Jahren „eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion um 50 Prozent“ zu erreichen. „Dazu“, so der Sozialdemokrat



Ministerpräsident Hermann Lüdemann (SPD)

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

weiter, „wird eine bevorzugte Versorgung mit Arbeitskräften, Baustoffen, Geräten, Arbeitskleidung sowie Düngemitteln erforderlich sein“. Er untermauerte die Forderung seiner Partei nach einer Bodenreform und stellte sich hinter das von den beiden ernannten Landtagen 1946 beschlossene Bodenreformgesetz, das noch von der Militärregierung genehmigt werden muss. Demzufolge sollen Betriebe mit mehr als 150 Hektar Land oder 200.000 Reichsmark Bodenwert staatlicher Kontrolle unterstellt werden.

Lüdemann kündigte des weite-

ren eine Bildungsreform an und sprach sich für „Schulgeldfreiheit“ sowie eine „Simultanschule“ bis zur sechsten Klasse aus, „die alle Kinder unseres Volkes zusammenführt“. Als „Sofortmaßnahmen“ sollen Elternbeiräte an allen Schulen gebildet werden, die Lehrerbildung soll verbessert werden, und es sollen ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, „um die Klassendurchschnittszahlen möglichst bald auf ein erträgliches Maß zu senken“.

Den „separatistischen Bestrebungen im Norden des Landes“ erteilte Lüdemann eine deutliche Absage: „Die Landesregie-

rung erkennt die 1920 gezogene deutsche Nordgrenze als gerecht und endgültig an.“ Er versprach der dänischen Volksgruppe aber „freie kulturelle Entwicklung unter der Bedingung, daß gleiche Rechte der deutschen Volksgruppe in Dänemark eingeräumt werden“.

Als weitere wichtige Aufgabe mahnte Lüdemann die „Vollendung des demokratischen Aufbaus“ an. Hierzu gehöre auf kommunaler Ebene „die Möglichkeit der Kontrolle durch das Volk in Ausschüssen und öffentlichen Sitzungen“ sowie die Verabschiedung einer Landesverfassung durch den Landtag.



Ministerpräsident Lüdemann spricht zu den Abgeordneten

## Die Antwort der SPD:

### Gayk: „Wir wollen alleine regieren!“

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, der Kieler Oberbürgermeister Andreas Gayk, hat in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung den Führungsanspruch der Sozialdemokratie gegenüber der Opposition wie gegenüber der britischen Militärregierung bekräftigt. Den von Ministerpräsident Lüdemann vorgestellten Kurs unterstützte er uneingeschränkt. Trotz des Wahlsieges der SPD sah Gayk „keinen Anlaß zu billigem Triumphgeschrei“, denn die neue Regierung stehe vor „geradezu übermenschlichen Aufgaben“.

Gayk forderte, im Einklang mit Lüdemann, mehr Befugnisse für die deutsche Selbstverwaltung und attackierte dabei die britische Militäradministration scharf: Anstatt „Bevormundungsversuche“ zu unternehmen, müßten die Briten begreifen,



Fraktionsvorsitzender Andreas Gayk (SPD)

daß „die Minister dieses vom Volke gewählten Landtags keine Befehlsempfänger der Militärregierung“ seien, sondern „ausreichende Handlungsfreiheit“ bräuchten. Er drohte, das Volk werde „den Kampf verlegen, in die Betriebe und Straßen“, wenn die Besatzungsmächte die Stimme der demokratisch gewählten Politiker ignorierten. Auch die alliierte „Politik sinnloser Demontagen“ von Industriebetrieben griff Gayk vehement an: „Es ist nicht die Aufgabe sozialdemokratischer Politik, den Sarg zuzunageln, den Hitler und Goebbels in teuflischer Bosheit für das deutsche Volk gezimmert haben.“

Einer Koalition der beiden großen Parteien, wie in den ersten bei-

den ernannten Landtagen praktiziert, erteilte Gayk eine Absage. Die Erfahrung aus Weimar lehre: Das Ergebnis einer Mehrparteienregierung sei „leider zu oft, daß jede Koalitionspartei die andere an der Arbeit hindert“.

## Die Antwort der SSV:

### „Votum im Norden anerkennen!“

Der Fraktionsvorsitzende der Südschleswigschen Vereinigung (SSV), Samuel Münchow, hat in einer kurzen Erklärung von der Landesregierung mehr kulturelle und politische Autonomie für die dänische Volksgruppe angemahnt.



Samuel Münchow (SSV)

Das Kabinett dürfe die Umschulung von Flensburger Schülern an dänische Schulen nicht behindern, forderte Münchow.

## Die Antwort der CDU:

### Schröter: „Baut die Landwirtschaft auf!“

Die CDU will im neuen Landtag eine „verantwortungsbewußte Opposition“ betreiben. Das kündigte der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten, Carl Schröter, in seiner Entgegnung auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten an. So schloss sich die CDU-Fraktion in vielen zentralen Punkten der SPD an, etwa in der Schleswig-Frage sowie der Kritik an der britischen Verwaltung wegen der Ernährungslage und der Industrie-Demontagen. Unterschiede traten zum Beispiel in bezug auf die Schulpolitik hervor.

Bei letzterem Punkt bezog Schröter gegen die von der Landesregierung geplante Simultanschule bis zum sechsten Schuljahr Stellung. Dies sei „undemokratisch“, denn: „Die Eltern sollen bestimmen, in welchen



Fraktionsvorsitzender Carl Schröter (CDU)

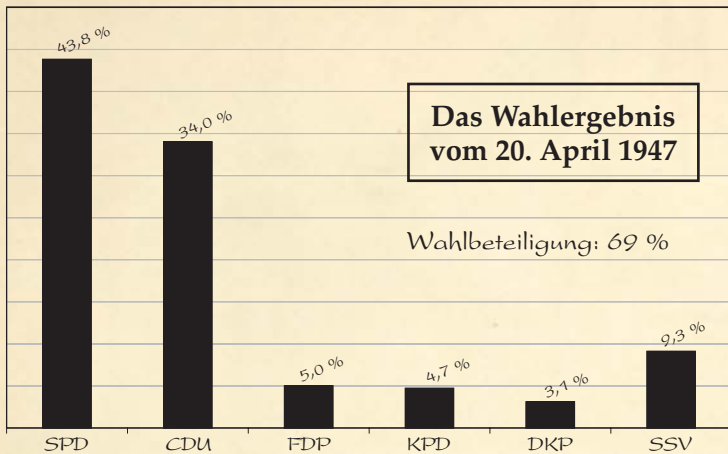
Grundsätzlich bemängelte er, die Regierung weigere sich, die wahren Mehrheitsverhältnisse im Norden anzuerkennen. Die SSV habe bei der Wahl über 90.000 Stimmen erreicht, und damit mehr als die Hälfte aller „einheimischen Wähler“ hinter sich gebracht. Hierbei rechnete er die Stimmen der zurzeit im Landesteil Schleswig angesiedelten Ost-Flüchtlinge aus dem Ergebnis heraus. Zählt man diese hinzu, so vertritt die SSV etwa 33 Prozent der Wähler im Grenzland. „Solange die Regierungserklärung unsere Wähler schimpflich als Separatisten bezeichnet, können wir dieser Erklärung nicht zustimmen“, so der Flensburger Abgeordnete abschließend.

Schulen sie ihre Kinder erziehen lassen wollen.“

Scharf ging Schröter die Agrarpolitik der Alliierten an. Der Plan, die Mast von Schweinen und Rindern einzudämmen und stattdessen vermehrt Getreide und Kartoffeln anzu-

bauen, um dadurch mehr Kohlehydrate zu erzeugen, sei falsch. Denn es gehe darum, „die Produktivität der Landwirtschaft wieder herzustellen“. Schröter rechnete vor: „Wenn es uns gelänge, jene Erträge der Jahre vor 1933 wieder zu erlangen“, dann hätte jeder Mensch in der Bizone zusätzlich 400 Kalorien täglich zur Verfügung.

In der Schleswig-Frage bekundete Schröter knapp, daß die Landesregierung hier „die Opposition hinter sich finden wird“. Weitere Aussagen machte er nicht; Schröter muß sich seit einer Dänemark-kritischen Rede im Dezember 1946 alle Stellungnahmen zu diesem Thema von der Militärverwaltung im Vorwege genehmigen lassen.



Die Abkürzungen: SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, CDU: Christlich Demokratische Union, FDP: Freie Demokratische Partei, KPD: Kommunistische Partei Deutschlands, DKP: Deutsche Konservative Partei, SSV: Südschleswigsche Vereinigung

## Die Abgeordneten des neuen Landtages

### SPD (43 Sitze):

Heinz Adler aus Oldenburg  
 Bernhard Ahrens aus Pinneberg  
 Erich Arp aus Pinneberg  
 Eduard Clasen aus Flensburg  
 Walter Damm aus Appen  
 Bruno Diekmann aus Kiel  
 Frau Frieda Döbel aus Kiel  
 Paul Dölz aus Tönning  
 Peter Wilhelm Esser aus Großhansdorf  
 Karl Feldmann aus Neumünster-Einfeld  
 Heinrich Fischer aus Itzehoe  
 Alfred Franzke aus St. Michaelisdonn  
 Andreas Gayk aus Kiel  
 Otto Gramcko aus Büningstedt/Stormarn  
 Max Grothe aus Preetz  
 Prof. Dr. Wilhelm Gülich aus Kiel  
 August Haut aus Lübeck  
 Hubert Hundt aus Elmshorn  
 Wilhelm Käber aus Lockstedter Lager/Steinburg  
 Frau Dr. Luise Klinsmann aus Lübeck  
 Heinz Kock aus Lübeck  
 Frau Anni Krahnstöver aus Eckernförde  
 Wilhelm Kuklinski aus Kronshagen  
 Eugen Lechner aus Eckernförde  
 Joachim von der Lieth aus Marienwohld bei Mölln  
 Frau Dr. Elly Linden aus Lübeck  
 Paul Lohmann aus Neumünster  
 Hermann Lüdemann aus Lübeck  
 Otto Lüth aus Oldenburg  
 Andreas Nielsen aus Niebüll  
 Hans Oldorf aus Neumünster  
 Karl Panitzki aus Oldenburg  
 Otto Passarge aus Lübeck  
 Kurt Pohle aus Eckernförde  
 Karl Ratz aus Kiel  
 Dr. Richard Schenck aus Kiel  
 Hermann Schwieger aus Marne  
 Wilhelm Siegel aus Schmalenbeck/Stormarn

Hans Stade aus Kiel  
 Willi Steinhörster aus Itzehoe  
 Gerhard Tackmann aus Malente  
 Hugo Voß aus Neumünster  
 Theodor Werner aus Kiel

### CDU (22 Sitze):

Thomas Andresen aus Flensburg  
 Carl-Christian Arfsten aus Itzehoe  
 Dr. Walter Böttcher aus Lübeck  
 Frau Ilse Brandes aus Lübeck  
 Hans Bundtzen aus Langstedt bei Schleswig  
 Josef Cierocki aus Eutin  
 Peter Dohrn aus Hemme über Lunden/Dithmarschen  
 Dr. Max Emcke aus Kiel  
 Detlef Frahm aus Großenrade bei Burg/Dithmarschen  
 Alfred Hagelstein aus Travemünde  
 Johannes Hagge aus Schleswig  
 Peter Jensen aus Ausacker bei Flensburg  
 Friedrich Klaus aus Flensburg  
 Willi Koch aus Kiel  
 Friedrich Wilhelm Lübke aus Augaard bei Översee  
 Frau Emmy Lüthje aus Kiel  
 Prof. Dr. Hermann von Mangoldt aus Kiel  
 Wilhelm Mohr aus Elmshorn  
 Dr. Franz Ryba aus Kiel  
 Carl Schröter aus Kiel  
 Theodor Steltzer aus Rendsburg  
 Johannes Thole aus Heide

### SSV (4 Sitze):

Hermann Clausen aus Schleswig  
 Samuel Münchow aus Flensburg  
 Hermann Olson aus Flensburg  
 Victor Graf von Reventlow-Criminil aus Glücksburg

## Das Wahlrecht im Lande

Bei der Landtagswahl am 20. April haben die Wähler nach einem angelsächsisch geprägten Wahlrecht abgestimmt. Laut dem Landeswahlgesetz vom 31. Januar 1947 wurden 60 Prozent der insgesamt 69 Mandate in den 42 Wahlkreisen durch einfache Mehrheitswahl direkt vergeben. Die übrigen 27 Sitze wurden durch Verhältniswahl aus den Landeslisten bestimmt. Dabei konnten nur Parteien, die mindestens ein Direktmandat gewonnen haben, am Verhältnisausgleich teilnehmen. Das traf neben der SPD (43 Sitze) und der CDU (22 Sitze) nur auf die

SSV (4 Sitze) zu. Andere kleinere Parteien hatten gegen dieses Wahlrecht protestiert. Vertreter von SPD und CDU wiesen dies im Plenum jedoch zurück: Die Mehrheitswahl sei Voraussetzung für eine „gesunde Demokratie“.

Das Wahlalter betrug 21 Jahre; NS-belastete Personen waren von der Wahl ausgeschlossen, ebenso Flüchtlinge, die nach dem 12. Mai 1946 ins Land gekommen sind. Die Legislaturperiode dauert drei Jahre. Die Abgeordneten erhalten eine Entschädigung von 200 Reichsmark pro Monat.

## Das Kabinett hat nur noch sechs Minister

Nach Auszählung der Stimmen hat Zivilgouverneur Hugh de Crespigny auf das eindeutige Votum der schleswig-holsteinischen Wähler reagiert und den bisherigen Innenminister Hermann Lüdemann (SPD) am 29. April mit der Regierungsbildung beauftragt.

Noch am selben Tag stellte Lüdemann der Besatzungsmacht seine rein sozialdemokratische Kabinettsliste vor. Damit löst eine SPD-Regierung die bisherige CDU/SPD-Koalition unter Theodor Steltzer (CDU) ab. Der 67-jährige Lüdemann, in der Weimarer Republik unter

anderem preußischer Finanzminister, übernahm neben der Regierungsspitze auch das Justiz- und das Innenressort. Daneben benannte er fünf Minister:

Minister für Wirtschaft und Verkehr: **Bruno Diekmann**; Minister für Finanzen: **Dr. Richard Schenck**; Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: **Erich Arp**; Minister für Erziehung und Volksbildung: **Wilhelm Kuklinski**; Minister für Wohlfahrt und Arbeit: **Kurt Pohle**.

Damit wurde das Kabinett gegenüber der Vorgängerregierung von neun auf sechs Mitglieder kleiner. Hierdurch wolle er „eine erste Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung“ erreichen, so Lüdemann im Plenum. Alle Minister gehören auch als Abgeordnete dem Landtag an.

## Karl Ratz bleibt Landtagspräsident

Der Landtag hat unter Vorsitz des 67-jährigen Alterspräsidenten Johannes Thole (CDU) den Kieler SPD-Abgeordneten Karl Ratz einstimmig als Landtagspräsidenten bestätigt.

Ratz hatte dieses Amt bereits im zweiten ernannten Landtag seit September 1946 inne. Erster und zweiter Stellvertreter wurden **Thomas Andresen** (CDU) und **Karl Panitzki** (SPD). Schriftführer sind **Paul Dölz** (SPD) und **Emmy Lüthje** (CDU). Die drei Präsidenten sowie die Fraktionsvorsitzenden **Andreas Gayk** (SPD), **Carl Schröter** (CDU) und

**Samuel Münchow** (SSV) bilden nach Beschluss des Landtages den Ältestenrat. Nachdem alle Abgeordneten die Eidesformel gesprochen hatten, richteten sie insgesamt 14 Ausschüsse ein: für **innere Verwaltung**; für **Volksbildung und Erziehung**; für **Wirtschaft**; für **Landwirtschaft und Ernährung**; für **Aufbau**; für **Volkswohlfahrt**; für **Finanzen**; für das **Gesundheitswesen**; für **Justiz**; für das **Flüchtlingswesen**; für die **Verfassung** sowie den **Polizei-Ausschuß**, den **Entnazifizierungsausschuß** und einen **Untersuchungsausschuß**.



Landtagspräsident Karl Ratz (SPD)

## Zivilgouverneur Crespigny:

# „Gleichen Zugang zu Bildung und Gesundheit“

In seiner Ansprache zur Eröffnung des neuen Landtages hat der Zivilgouverneur für Schleswig-Holstein, Vizeflurmarschall Hugh de Crespigny, die Erwartungen der Besatzungsmacht an die deutsche Politik formuliert.

Die dringendste Aufgabe seien die

Wohnraumbeschaffung, die Verteilung von Nahrungsmitteln und Brennstoffen und die Gesundheitsvorsorge. Bei der Entnazifizierung forderte Crespigny Milde für die Jugend, denn „es wäre falsch, denen den Rückweg zu versperren, die in frühesten Jahren nach den Grundsät-



Zivilgouverneur  
Hugh de Crespigny

„Ich hoffe, es wird Ihnen vergönnt sein, bessere Tage in diesem kleinen Land Schleswig-Holstein anbrechen zu sehen!“

terer Ärzte müsste denen zur Verfügung stehen, deren Not am größten ist, ohne Rücksicht auf Stand und Vermögen.“

Nach seiner auf englisch gehaltenen Rede verließ der Gouverneur mit seiner Begleitung die Sitzung.

## Ernährungsminister Arp:

# „Die Briten haben Schuld an der Krise“

Landwirtschafts- und Ernährungsminister Erich Arp (SPD) hat den Alliierten eine „Todespolitik“ zu Lasten der deutschen Bevölkerung vorgeworfen. Einfuhr wie Produktion von Nahrungsmitteln müssten drastische gesteigert werden, so der Minister in einer Regierungserklärung.

Die „Abtrennung der Überschussprovinzen des Ostens“ habe den

Deutschen die Möglichkeit zur Selbsthilfe genommen. Zudem seien „teilweise in feierlichster Form“ abgegebene Zusagen der Alliierten auf Einfuhren nicht eingehalten worden. Nach Arps Angaben können eine halbe Million Menschen, die in Schleswig-Holsteins großen Städten leben, nur auf 735 Kalorien pro Tag zurückgreifen. Die Hungerkatastrophe sei im Lande „schlimmer als in irgend einer anderen deutschen Landschaft, weil unsere 1,2 Millionen einge-



Minister  
Erich Arp (SPD)

wiesenen Flüchtlinge durchweg keine Ergänzungsmöglichkeiten und keinerlei eigene Reserven haben“, betonte der Minister.

Arp nahm den Großteil der Bauern gegen den Vorwurf in Schutz, „durch Untätigkeit, Gleichgültigkeit, Böswilligkeit und Eigennutz“ die Krise verschärft zu haben, denn die Verantwortung für das Elend liege „eindeutig“ bei den Besitzern.

Minister Arp gab die neuen Lebensmittelrationen für die 28-tägige Zuteilungsperiode bekannt. Ein Erwachsener ab dem 20. Lebensjahr hat demnach Anspruch auf:  
**5.500 g Brot, 600 g Nahrungsmittel, 400 g Fleisch, 555 g Fisch, 137 g Fett, 2.000 g Frischmilch, 500 g Zucker.**

## Lidice-Streit zwischen SPD und CDU geht weiter

Der Konflikt zwischen SPD und CDU um Entschädigungen für NS-Opfer aus dem tschechoslowakischen Lidice dauert an. Im Landtag verteidigte SPD-Fraktionschef Andreas Gayk den Plan der Landesregierung, ein Kinderheim nach dem Dorf bei Prag zu benennen und „einen angemessenen Geldbetrag“ für die Kinder des Ortes bereitzustellen als „schöne Geste edler Menschlichkeit“. Oppositionsführer Carl Schröter (CDU) begründete hingegen seine Ablehnung mit der Vertreibung von „dreieinhalb Millionen Deutschen“ aus dem Sudetenland. Dies lasse „genau dieselben Tendenzen wie beim Nationalsozialismus“ erkennen. Am 9. Juni 1942 war das Dorf von deutschen Verbänden als Vergeltung für das Attentat auf SS-Führer Reinhard Heydrich niedergebrannt worden. 339 der 483 Bewohner wurden ermordet. Ende April wurden sechs Wehrmachtangehörige in Prag wegen Mitwirkung an dem Massaker hingerichtet.

## Resolution für Kriegsgefangene

Auf Initiative von Landtagspräsident Karl Ratz hat das Parlament einstimmig eine Resolution verabschiedet, die die „umgehende Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen“ fordert. Die Abgeordneten beziehen sich dabei auf die Haager Landkriegsordnung von 1899, demnach „die Freilassung und Heimtschaffung aller Kriegsgefangenen nach Beendigung der Feindseligkeiten in kürzester Frist zu erfolgen hat“. „Mit Bedauern“ sei aber festzustellen, daß dies auch zwei Jahre nach Kriegsende noch nicht geschehen sei, heißt es in der Resolution weiter. Laut den Zahlen, die auf der Moskauer Außenministerkonferenz Mitte März veröffentlicht wurden, befinden sich derzeit noch rund zwei Millionen Deutsche in alliierter Kriegsgefangenschaft, darunter 890.000 in sowjetischer, 631.000 in französischer, 435.000 in britischer und 31.000 in amerikanischer.

## +++ PRESSE-ECHO +++

Die konstituierende Sitzung des Landtages hat in der örtlichen wie in der überregionalen Presse ein breites Echo gefunden. Die Darstellung in den Tageszeitungen, die zurzeit eine Genehmigung der Besatzungsmacht benötigen und wegen Papierknappheit nur zweimal wöchentlich in geringer Auflage erscheinen, ist dabei stark parteipolitisch gefärbt. So hebt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, die sich als „Stimme der Schaffenden in Stadt und Land“ versteht, die „mit Elan gehaltene Rede des Führers der sozialdemokratischen Fraktion, Andreas Gayk“ hervor. Die „Ausführungen des Fraktionsführers der CDU, Schröter“ erfahren hingegen weitaus weniger Wertschätzung. Demgegenüber steht für die bürgerlichen „Kieler Nachrichten“ die Rede des CDU-Oppositionsführers Carl Schröter neben der Regierungserklärung von Ministerpräsident Lüdemann „im Mittelpunkt“ der Sitzung. Den SPD-Fraktionschef Gayk, immerhin zugleich Kieler Oberbürgermeister, erwähnen die „KN“ hingegen gar nicht.

Das Hannoveraner Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ betrachtet den Ausgang der Landtagswahl: Die SPD sei über ihre absolute Mehrheit „selbst erstaunt“ gewesen, die CDU über ihr Ergebnis hingegen „ziemlich fassungslos“, schreibt das Blatt.

## +++ PRESSE-ECHO +++

## Appell zur Ernährung

Einstimmig hat der Landtag eine von der CDU vorgelegte Entschließung zur Verbesserung der Ernährungslage beschlossen. Darin wird die britische Militärregierung aufgefordert, „die Ernährung der Bevölkerung in einer von der ärztlichen Wissenschaft international anerkannten Höhe und Zusammensetzung“ sicherzustellen. Außerdem soll zugesichert werden, „daß die Bevölkerung im nächsten Winter Hausbrand erhält“ und daß „die Demontage eingestellt wird“. Dies sei Voraussetzung für die friedliche, demokratische Entwicklung Deutschlands.